

FDP-DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN BASEL (26.1.1991)

Es gilt das
gesprochene
Wort

ANSPRACHE VON BUNDESRAT KASPAR VILLIGER

AKTUELLE INTERNATIONALE LAGE UND KONSEQUENZEN FÜR DIE SCHWEIZ

I.

1990 war ein Jahr der **Hoffnung**. Mit dem Ende des Kalten Krieges rückte die **Demokratisierung Mittel- und Osteuropas** in Griffweite. Es entstanden erste Konzepte für eine übergreifende **europäische Sicherheitsordnung**, in der West und Ost gemeinsam nach neuen **Möglichkeiten der Konfliktverhütung** und der **Beilegung von Konflikten** suchen würden. Der Abschluss des Abkommens über die **Reduktion konventioneller Streitkräfte** eröffnete eine **neue Dimension** der Abrüstungspolitik. Mit der Unterzeichnung der **Pariser Charta für ein neues Europa** in der KSZE schien die **Geltung der Menschenrechte** und der Durchbruch eines **neuen, freiheitlichen Denkens in Politik und Wirtschaft** für ganz Europa gesichert.

Der erste Monat des **Jahres 1991** brachte dann die **Ernüchterung**. Gleich an **mehreren Fronten** wird uns heute dramatisch vor Augen geführt, dass der **ewige Friede noch nicht** ausgebrochen ist.

Ich habe während des letzten Jahres in vielen Referaten darauf hingewiesen, dass wir bei **aller Hoffnung** auf eine endgültige Befriedung Europas **nicht naiv** sein, nicht unser **Wunschdenken für Wirklichkeit** nehmen dürfen. Ich habe immer auch gesagt, dass **Perioden des Uebergangs** auch **Perioden der Unsicherheit** sind. Und ich habe davor gewarnt, die **Risiken zu unterschätzen**, die mit einer **instabilen politischen Lage** verbunden sind. Deshalb habe ich dazu aufgerufen, in unseren **Anstrengungen** für eine **glaubwürdige Landesverteidigung** nicht nachzulassen.

Der **Bericht des Bundesrates zur Sicherheitspolitik** baut auf den **Chancen für ein neues und sichereres Europa** auf. Dieser Ansatz ist nach wie vor **richtig**. Aber der Bericht weist auch auf **verbleibende Risiken** hin, mahnt zur **Besonnenheit und Vorsicht**. Er wurde in der Folge von weiten Teilen der Medien und auch von wichtigen politischen Kreisen als **militaristisch** bezeichnet und **scharf kritisiert**. Jetzt hat die Geschichte ^{die} dem **Bundesrat recht gegeben**. *die Aussage des Berichts schon bestätigt.*

Politiker, die mein Einstehen für die **Erneuerung der Luftwaffe** noch vor kurzem als **politisch verfehlt** kritisierten, empfehlen mir unter dem Eindruck des Golfkriegs eine **Beschleunigung der Flugzeugvorlage** oder gar die Beschaffung des **milliardenteuren Patriot-Lenkwaffensystems**.

Ich erwähne dies alles **nicht**, weil ich **rechthaberisch** darauf hinweisen möchte, ich hätte es ja immer schon **besser gewusst**. Ich beabsichtige auch nicht, aus der heutigen Situation **Kapital zu schlagen** und nun schnell **Vorlagen** zu unterbreiten, die im **heutigen Klima** vielleicht leichter **akzeptiert** würden.

Die Planung der Landesverteidigung darf nicht von der Tagespolitik und der momentanen Stimmung abhängig gemacht werden.

Ich erwähne es, weil mich die Wechselhaftigkeit der öffentlichen Meinung beschäftigt, die eine langfristig angelegte Politik nach echten Prioritäten erschwert. Langfristige Aufgaben wie die Planung und Umsetzung einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik können nur bewältigt werden, wenn ein breit abgestützter, politischer Grundkonsens darüber besteht, in welche Richtung man gehen will.

Ich hoffe, dass die Wechselfälle der letzten 18 Monate wieder verstärkt das Bewusstsein dafür geweckt haben, dass nicht nur mit der Einsicht und dem guten Willen aller Menschen gerechnet werden darf. Die Unberechenbarkeit von Gewaltherrschern und die Möglichkeit plötzlicher politischer Kurswechsel zur Absicherung von Machtansprüchen müssen immer in unsere sicherheitspolitischen Ueberlegungen einbezogen werden. Diese geschichtliche Erfahrung bestätigt sich heute einmal mehr.

Es ist für mich aber alles andere als ein Triumph, wenn die Geschichte den Skeptikern recht gibt. Krieg und interne Konflikte mit Waffeneinsatz sind immer eine Niederlage der Diplomatie und der Vernunft. Auch in mir ist ein Stück Hoffnung zerstört worden. Was jetzt passiert, tut weh.

II.

Lassen Sie mich nun auf die jüngsten Ereignisse eingehen, zunächst auf die Lage im Baltikum, wo freilebende Völker wie wir nun Unabhängigkeit ringen.

Seit 6 Monaten findet in der Sowjetunion ein Kampf um die Macht statt, der durch die blutigen Auseinandersetzungen in den baltischen Republiken zusätzlich akzentuiert wird. Die Lage in Litauen und Lettland bleibt nach den jüngsten Militäreinsätzen weiterhin angespannt. Die Kampagne zur Einschüchterung der Bevölkerung geht unvermindert weiter, obwohl sich der sowjetische Präsident Gorbatschow offiziell von der Gewaltanwendung distanziert und die Anwendung von Waffen in einer politischen Auseinandersetzung verurteilt.

Die bewaffneten Eingriffe im Baltikum finden in einem Augenblick statt, wo die Weltöffentlichkeit ihr Augenmerk auf den Golf richtet. Es besteht Anlass für die Vermutung, zumindest Teile der sowjetischen Führung glaubten im politischen Windschatten des Golfkrieges eine gewaltsame Bereinigung der Lage vornehmen zu können, ohne aussenpolitisch allzuviel zu verlieren. Ich möchte mich nicht in Spekulationen über die internen Machtverhältnisse in der Sowjetunion verlieren. Ich verhehle aber nicht, dass mir der augenscheinlich wachsende Einfluss konservativer Kräfte Sorge bereitet.

Die vom früheren Aussenminister Schewardnaze geäußerten Befürchtungen wegen eines Rückfalls in die Diktatur geben zu denken. Glasnost und Perestroika scheinen gefährdet.

Das alles zeigt, mit welcher enormen Schwierigkeiten die Umstellung von totalitären zu demokratischen Systemen verbunden ist. Es zeigt aber auch, wie fragil die bisher erreichte Verständigung zwischen dem Westen und der Sowjetunion in Tat und Wahrheit ist.

Mit Besorgnis nimmt man im Westen zur Kenntnis, dass sich die sowjetische Führung weigerte, in die von der Pariser Charta für den Konfliktfall vorgesehenen Konsultationen einzuwilligen. Wird damit diese feierlich beschworene Übereinkunft gleich beim ersten Ernstfall schon entwertet?

Mit ebensolcher Besorgnis wird festgestellt, dass auch die Ratifikation des CFE-Abrüstungsabkommens und des deutsch-sowjetischen Vertrags, der den Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland regelt, gefährdet sind. Die sowjetischen Streitkräfte scheinen vorsorglich Zehntausende von Panzern und Artilleriegeschützen hinter den Ural verlegt zu haben, um sie damit dem Geltungsbereich der Abrüstungsvereinbarung zu entziehen. Auch hier hat sich in die Hoffnung ein bitteres Stück Skepsis gemischt.

Die Maxime unserer neuen Sicherheitspolitik erweist sich als richtig: Wir müssen für Rückschläge, verbleibende und neue Risiken gewappnet bleiben.

Trotzdem ist - vor allem in den Staaten Mittel- und Osteuropas - viel geschehen, das irreversibel ist. Die Hoffnung ist nach wie vor berechtigt, dass sich die sicherheitspolitische Situation in Europa verbessert. Die zukunftsgerichtete

Komponente unserer Sicherheitspolitik muss deshalb verstärkt werden: Auch die Schweiz soll einen Beitrag dazu leisten, dass die Ursachen von Konflikten beseitigt werden. Nicht Abrüstung, so wichtig sie ist, sichert den Frieden. Frieden erfordert die Beseitigung von Konfliktursachen.

Dazu gehört der Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas. Diese Staaten sollen mit Unterstützung aus dem Westen einen gewissen Wohlstand und stabile Demokratien entwickeln können. Voraussetzung für unsere Unterstützung ist allerdings, dass die Grundsätze der Pariser Charta eingehalten und die Menschenrechte und Rechte der Minderheiten respektiert werden.

III.

Auch der zweite Konfliktherd, der uns heute beschäftigt, der Krieg im Golf, deutet auf Gefahren hin, mit denen sich Europa inskünftig vermutlich noch vermehrt wird auseinandersetzen müssen.

Gerade der Wegfall der weltumspannenden Konfrontation der Supermächte mag dazu geführt haben, dass der auf regionale Vorherrschaft im Mittleren Osten zielende irakische Führer sich zum Ueberfall auf Kuwait verleiten liess. Er mag wohl davon ausgegangen sein, es bestehe kein Risiko, dass ein solcher Regionalkonflikt zu einem Konflikt zwischen den Supermächten eskalieren könnte.

Saddam Hussein hat dabei allerdings die Lage falsch beurteilt. Er rechnete offensichtlich nicht damit, dass sich die internationale Staatengemeinschaft unter der Schirmherrschaft der UNO zur militärischen Befreiung Kuwaits durchringen würde.

In diesem Sinne handelt es sich beim jetzigen Golfkonflikt in der Tat um ein besonderes Ereignis: Multinationale Streitkräfte aus 28 Ländern sind an dieser Befreiungsaktion beteiligt.

Die Meinungen über diesen Konflikt gehen weit auseinander: Auf der einen Seite sind jene, die ihn als gerechtfertigte Polizeiaktion im Rahmen der Bestimmungen der UNO-Charta werten. Auf der anderen Seite fordern Friedensdemonstranten die sofortige Einstellung der Kämpfe, da der Friede nie mit bewaffneten Auseinandersetzungen wiederhergestellt werden könne.

Ich habe Respekt vor jenen, die konsequent für den Frieden eintreten. Krieg ist immer ein Eingeständnis, dass die Suche nach einer menschenwürdigen Konfliktlösung gescheitert ist. Es ist kaum erträglich, dass von den heftigen Kämpfen Menschen betroffen sind, die diesen Krieg weder gewollt noch ihn zu verantworten haben.

In Kuwait herrscht allerdings seit Monaten ein "Friede" in Knechtschaft und grausamer Unterdrückung. Ich habe grosse Mühe zu verstehen, warum gegen diese brutale Form der nackten Gewalt nicht auch protestiert wurde und wird.

Friede ist eines der höchsten Güter, aber zum Frieden gehört für uns untrennbar die Freiheit und die Respektierung der Menschenrechte. Die irakische Führung hat in Kuwait und im eigenen Land bewiesen, dass ihr solche Werte nichts bedeuten. Die Giftgaseinsätze gegen die eigene Bevölkerung sind uns allen in schrecklicher Erinnerung.

Hin und wieder muss der Friede in Freiheit unter grossen Opfern errungen werden. Der brutale Ueberfall auf den Kleinstaat Kuwait durch eine regionale Grossmacht stellte eine krasse Verletzung des Völkerrechts dar. Deshalb kam es auch zur Koalition der UNO-Mitglieder.

Gerade die Schweiz hat ein besonderes Interesse, dass das internationale Recht eingehalten wird, denn ein Kleinstaat kann in seinen Beziehungen zu anderen Ländern nur auf das Recht, nicht auf die Macht bauen. Ein Aggressor darf nicht belohnt werden.

Damit hat der Golfkrieg eine grundsätzliche Bedeutung, die für die weitere Entwicklung weltweit und in Europa wichtig ist. Eine übergreifende Sicherheitsordnung muss verbürgen können, dass jedes gewalttätige Vorgehen geahndet und damit unmöglich gemacht wird, sonst ist sie wenig wert. Der Golfkrieg wird ein Signal sein, das anderen potentiellen Aggressoren zu denken geben wird.

Golfkrieg zeigt auch Risiken jedes Krieges:

- kein weiss, ob und wohn es überhaupt kommt
- kein weiss, wie lange es dauern wird
- und am Ende werden die wenigsten Probleme gelöst sein
- Politik wird als gefordert sein!

Neutralität:

- politisches Instrument, kein Tabu oder Dogma
- Beispiel des bewährten in Geschichte
- deshalb für viele Schweizer Tabubruch

N. sich in Geschichte verändert:

- 1. Weltkrieg auch innenpolitisch
- 2. Weltkrieg, zwischen verfeindeten Nationen
- Kalter Krieg: Ost/West-Konfrontation

Dies ist weggefallen:

- N. muss neu definiert werden
- eine wesentliche Anpassung N.-Politik durch Teilnahme UNO-Sanktionen vorgenommen

Solange kein Krieg:

- N.-Politik relativ frei
- muss allerdings Neutralität glaubwürdig signalisieren

Kriegsfall:

- nach Haager Abkommen 1907 N. verpflichtet
- beide Kriegsparteien gleich behandeln, bei einseitig begünstigen

Jetzt neue Situation:

- ganze Völkergemeinschaft stellt sich gegen Aggressor
- will ihn mit Gewalt zur Reason bringen
- UNO-Mitglieder können verpflichtet werden, mitzumachen.

Beide Prinzipien:

- schließen sich aus
- gewisse Völkerrechte argumentieren:
 - kein Krieg, sondern Polzeiaktion
 - Verpflichtung Haager Abkommen gilt nicht.
 - aus dieser Erwägung heraus hat Österreich Abflugrechte gewährt.

BR hat (im Gegensatz zu Kommentaren) von Anfang an klare Linie eingehalten:

- Neutralitätsabsticht eingehalten

6
aus verschiedenen Gründen anzuführen:

1. Schon UNO-Botschaft Neutralitätsvorbehalt eingebaut
 - sanktionieren (wirtschaftl.) Sanktionen
 - militärische nicht, auch als UNO-Mitglied
2. als Nichtmitglied:
 - keine UNO-Verpflichtung, sanktionieren autonom verfügt
 - wie meinten, Verpflichtung Nagge Abkommen gelte
3. ~~Wenn~~ UNO hat militärische Aktion delegiert:
 - keine UNO Truppe mit UNO Kommando
 - Satzungen so nicht vorgesehen
4. Man weiss nie:
 - ob solche Koalition hält
 - plötzlich andere Fronten denkbar, so das herkömmlicher Krieg
5. Vielleicht froh gut:
 - wenn es nach Krieg Nationen gibt, die aus Sicht Deutschlands nicht kompromittiert
6. Neutralität:
 - kein B' beibehalten, das beliebig in- und auswärts Kraft
 - langfristig gleichwärtiges Gebaren
 - das darf man nicht bei solch Krieg bedenkenlos über Bord werfen.

Wenn Nieles: - mit ihrem Blut für Grundsätze stehen (so geht man mehr als Öl!)
 - und was prohibitiv langfristig davon, ohne uns zu betätigen
 - ergibt sich daraus eine moralische Verpflichtung
 - diese Verpflichtung müssten wir eines Tags einlösen, wenn Krieg vorbei (Blau Friedensop., Hilfe Wiederaufbau, Frontstaaten etc.)
 - Schweizer Krieg darf nicht zum + Zeichen dienen!

BRB-Meinung: - N. bei noch langfristiges Mittel der Außenpolitik
 - ob das immer so sein wird, ist unsicher
 - darüber je nach europäische Entwicklung in Zukunft immer wieder Gedanken machen!

IV.

Unser Land hat sich nach Ausbruch der Kämpfe im Golf zur Einhaltung des Neutralitätsrechts verpflichtet. Ich bin überzeugt, dass dies richtig ist, denn die Glaubwürdigkeit der Neutralität setzt man nur einmal aufs Spiel. Entscheidend für die Ueberlegungen des Bundesrates war, dass der Neutrale keine der Kriegsparteien begünstigen darf.

Der Bundesrat hat jedoch immer betont, dass er den Ueberfall auf Kuwait aus schärfste verurteilt. Aus diesem Grund hatten wir uns auch den Wirtschaftssanktionen der UNO auf autonomer Basis angeschlossen. Hätten wir dies nicht getan, hätten wir uns gegen die Staatengemeinschaft gestellt und den Irak einseitig bevorteilt.

V.

Neben diesen grundsätzlichen Aspekten lassen sich aus dem **Golfkonflikt** auch noch weitere **Lehren ziehen**.

Das Beispiel Irak zeigt, **welch verheerende Wirkung eine unkontrollierte Ausfuhr von Waffen und Anlagen zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln hat**. Vergessen wir nicht, dass es westliche, vorab europäische und zum Teil sogar schweizerische Firmen waren, die dem Irak zum Aufbau seines **enormen Militärpotentials verholfen haben**. Für jene, die **wissentlich**

Anlagen und Technologie zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln lieferten, gibt es keine Entschuldigung. *Die wird hohe Stufe der moralischen Verantwortlichkeit erreicht.*

Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Weiterverbreitung von Spitzentechnologie, die zur Herstellung solcher Waffen verwendet werden kann, strengen Kontrollen zu unterstellen. Meine Mitarbeiter sind daran, für die Schweiz einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten, der hoffentlich inskünftig den Missbrauch unserer liberalen Aussenhandelsregeln ausschliessen wird. Gleichzeitig hoffen wir, dass davon auch ein Impuls zu internationalen Koordination ausgehen wird.

Der bisherige Verlauf des Konflikts zeigt ferner, wie man sich einen modernen Krieg vorzustellen hat. Er wird geprägt von einem bis anhin in diesem Ausmass nie gesehenen verbundenen Einsatz von elektronischen und Luftkampfmitteln. Die Luftoperationen werden gleichzeitig auf strategischer und operativer Ebene geführt und dienen der Erringung einer vollständigen Luftherrschaft, damit die nachfolgenden Operationen der Bodentruppen mit geringeren Verlusten erfolgen können. Ich brauche nicht zu erwähnen, dass nur allermodernstes Material zum Einsatz gelangt.

Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten den Kriegsverlauf sehr genau analysieren und versuchen, daraus Schlussfolgerungen für unsere eigene Landesverteidigung zu ziehen. Erste Analysen ergaben, dass wir mit Armee 95 und mit unserem Zivilschutzkonzept auf dem richtigen Weg sind. Das dringlichste Modernisierungsbedürfnis kennen Sie.

Überhaupt ist wichtig zu sich, dass unsere Vorbereitungen im Bereich der umfassenden Gesamtsicherheit einen wohl weltweit vorbildlichen Stand haben.

Schliesslich wird uns aber der Golfkonflikt auch noch in einem weiteren Bereich herausfordern: im Bereich der friedenspolitischen Komponente unserer Sicherheitspolitik. Als neutrales Land können wir uns an militärischen Aktionen nicht beteiligen, solange die Kämpfe andauern. Für die Zeit nach dem Krieg sind jedoch Einsätze, im Rahmen von UNO-Aktionen, durchaus denkbar, zum Beispiel nach Art der Namibia-Aktion. Vorstellbar wäre auch die Entsendung unbewaffneter Militärbeobachter.

Die Möglichkeit der Schaffung eines schweizerischen Blauhelmkontingents wird zurzeit intensiv studiert. Ich habe schon vor einiger Zeit angekündigt, dass ich sie befürworte. Allerdings müssen zuerst die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Ein Einsatz von Schweizer Blauhelmen kann deshalb kaum vor 1993 verwirklicht werden, wenn wir solide und gute Arbeit leisten wollen. Zudem halte ich eine breite politische Abstützung unter Einschluss des fakultativen Referendums für nötig.

VI.

Ich komme zum Schluss.

1991 ist das Jubiläumsjahr der schweizerischen Eidgenossenschaft. Es hat mit einer bedrückenden internationalen Entwicklung begonnen. Die Freude am Feiern ist getrübt.

Ich hoffe, dass die Konflikte, die uns heute in Bann halten, so bald wie möglich friedliche Lösungen finden werden. Unser Land wird alles im Rahmen seiner Möglichkeiten Stehende dazu beitragen. Die Guten Dienste der Schweiz werden zur Verfügung stehen, sobald sie verlangt werden. Wir wollen beitragen zur internationalen Zusammenarbeit im Interesse von Frieden und Stabilität. Allerdings vor Überbewertung unserer Möglichkeiten + helvetische Selbstüberschätzung warnen!

Ich hoffe aber auch, dass der getrübe Anfang des Jubiläumsjahres für uns Schweizerinnen und Schweizer Anlass ist zu einer gewissen Selbstbesinnung. Wer sieht, welche Probleme andere bewältigen müssen, der muss zur Einsicht gelangen, dass die Fragen, die uns im letzten Jahr innenpolitisch beschäftigt und fast vollständig auf die Vergangenheitsbewältigung fixiert haben, in ihrer Bedeutung vielleicht doch etwas relativiert werden müssen.

Wir müssen in die Zukunft blicken. Unser Land hat etwas anzubieten, auch auf internationaler Ebene. Wir wollen, im Rahmen unserer neuen Sicherheitspolitik, einen Beitrag leisten an die Stabilität und die Sicherheit Europas. Wir wollen die Zusammenarbeit fördern und gleichzeitig dafür sorgen, dass unsere Verteidigung glaubwürdig bleibt. Und wir wollen unseren Platz im neuen Europa definieren, einen Beitrag an dieses Europa leisten, ohne dabei unsere Identität zu verlieren. 700 Jahre sind nicht genug!